vinetur

Französischer Abgeordneter fordert Regierung auf, das EU-Weinbudget in der GAP zu schützen

Charles de Courson sagte, eine zweckgebundene Mittelzuweisung sei entscheidend für langfristige Investitionen, faire Kofinanzierung und Unterstützung auch außerhalb von Erzeugergruppen.

Mittwoch, 23. September 2026



Ein französischer Abgeordneter hat die Regierung aufgefordert, in der nächsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union eine geschützte Haushaltslinie für den Weinsektor zu verteidigen. Er argumentierte, dass diese Frage die langfristigen Investitionen in einen der wichtigsten Agrarsektoren Frankreichs prägen werde.

In einer schriftlichen Anfrage, die am 22. Sept. im Amtsblatt Frankreichs veröffentlicht und von der Nationalversammlung online gestellt wurde, fragte Charles de Courson, Abgeordneter für Marne, Landwirtschaftsministerin Annie Genevard, welche Schritte die Regierung in den Verhandlungen über die GAP nach 2027 plant. Er forderte Frankreich auf, sich für die Fortführung einer verbindlichen nationalen Mittelzuweisung für den Weinsektor, die Beibehaltung der derzeitigen EU-Kofinanzierungssätze und Zugangsvoraussetzungen einzusetzen, die breit genug sind, um den gesamten

Weinsektor abzudecken, einschließlich von Akteuren, die nicht Teil von Erzeugerorganisationen sind.

Die parlamentarische Anfrage ändert die Politik für sich genommen nicht, übt aber öffentlichen Druck auf die Regierung aus, ihre Position zu beziffern, während die Gespräche in Brüssel weiterlaufen. De Courson sagte, das Ergebnis der Verhandlungen bleibe ungewiss, und Frankreichs Haltung könne entscheidend sein, um Unterstützung unter anderen Mitgliedstaaten aufzubauen.

Er beschrieb die französische Weinbranche als wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Anker für viele ländliche Regionen. In seiner Anfrage verwies er auf direkte und indirekte Arbeitsplätze, die Pflege der Weinlandschaften und die internationale Rolle französischer Appellationen. Zudem sagte er, der Sektor befinde sich in einer schwierigen Phase, geprägt von einem angespannten wirtschaftlichen Umfeld und von Handelskonflikten, in denen europäische Weine und Spirituosen wiederholt mit Vergeltungszöllen belegt worden seien, die mit dem Sektor selbst nichts zu tun hätten.

Im Zentrum der Debatte steht die Zukunft der Weinmittel innerhalb der GAP, ein Mechanismus, der seit rund zwei Jahrzehnten besteht und den Mitgliedstaaten eine eigene Finanzzuweisung für Maßnahmen im Weinsektor bietet. De Courson sagte, dass die Beibehaltung dieser Struktur für Planbarkeit und Stabilität bei langfristigen Projekten unerlässlich sei, darunter die Umstrukturierung von Rebflächen, die Anpassung an den Klimawandel, die Entwicklung des Weintourismus und die Vermarktung in Exportmärkten außerhalb der EU.

Diese Haushaltsarchitektur ist über die Agrarpolitik hinaus relevant, weil sie beeinflussen kann, wie viel Förderung Erzeuger für Neuanpflanzungen, die Modernisierung von Anlagen und die Anpassung von Weinbergen an heißeres und weniger vorhersehbares Wetter erhalten können. Für den Getränkesektor, und insbesondere für Weinproduzenten sowie Teile der Spirituosen-Lieferkette mit Bezug zu Weinbaugebieten, können der Umfang der EU-Unterstützung und der von Brüssel finanzierte Anteil die Tragfähigkeit von Investitionen beeinflussen, die sich oft erst über Jahre auszahlen.

De Courson argumentierte zudem, dass ein Kurswechsel jetzt schwer zu rechtfertigen wäre, weil die EU die Weinregelung erst vor Kurzem aktualisiert habe. Er verwies darauf, dass ein Legislativpaket für den Weinsektor im März 2026 in Kraft trat und den aktuellen Rahmen bestätigte und stärkte. Seiner Ansicht nach würde es Inkonsistenzen für Erzeuger und regionale Behörden schaffen, die künftige Ausgaben planen, wenn die Frage einer zweckgebundenen Unterstützung so kurz nach der Verabschiedung dieser Regeln erneut aufgerollt würde.

Ein weiterer zentraler Punkt in der Anfrage des Abgeordneten ist die Kofinanzierung. Im Rahmen vieler EU-Agrarprogramme müssen nationale oder private Mittel mit EU-Geldern ergänzt werden. De Courson forderte die Regierung auf, die derzeitigen EU-Kofinanzierungssätze zu verteidigen, und sagte, sie seien ein entscheidender Faktor für die Wahrung der Fairness zwischen den Weinregionen und für die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt der Union. Würden diese Sätze gesenkt, könnten Projekte, die in kapitalstärkeren Regionen tragfähig sind, in Gebieten mit geringeren Ressourcen schwerer zu finanzieren sein.

Er warnte außerdem davor, die Definition der Empfänger sektoraler Unterstützung enger zu fassen. Seine Anfrage sagt, dass die Förderfähigkeit alle Akteure der Weinwertschöpfungskette einschließen sollte, unabhängig davon, ob sie in formellen Erzeugergruppen organisiert sind oder nicht. Dieser Punkt ist für kleinere Unternehmen und unabhängige Akteure von Bedeutung, die möglicherweise nicht in die von manchen EU-Programmen bevorzugten Strukturen passen, aber dennoch auf Investitionsförderung für die Erneuerung von Rebflächen, Verarbeitungsausrüstung, Marktförderung und Klimaanpassung angewiesen sind.

Die Anfrage deutet darauf hin, dass die Verhandlungen unter den EU-Regierungen gemischte Signale senden. Nach Angaben von De Courson haben mehrere Mitgliedstaaten die Idee einer zweckgebundenen Wein-Mittelausstattung unterstützt, während andere weiter dagegen sind. Er nannte diese Länder im Text der Anfrage nicht. Die Spaltung verweist auf eine breitere Spannung in den GAP-Verhandlungen, in denen einige Regierungen mehr Flexibilität bei der Mittelvergabe wollen und andere stärkere Garantien für bestimmte Sektoren anstreben, die nach eigener Darstellung mit besonderen Markt- und Klimadruckfaktoren konfrontiert sind.

Für Frankreich hat die Debatte besonderes Gewicht, weil die Weinbranche dort so groß und einflussreich ist. Wein gehört weiterhin zu den bekanntesten Agrarexporten des Landes, und viele ländliche Wirtschaften hängen von der Arbeit in den Weinbergen, der Verarbeitung, dem Tourismus und damit verbundenen Dienstleistungen ab. Eine Kürzung der garantierten Unterstützung würde nicht zwangsläufig sofort zu einem Produktionsrückgang führen, könnte aber die Investitionsentscheidungen im Laufe der Zeit verändern, insbesondere in Regionen, die bereits mit steigenden Kosten, sich verändernden Wetterverhältnissen und volatiler internationaler Nachfrage zu kämpfen haben.

Mit der schriftlichen Anfrage wird die Ministerin aufgefordert, sowohl die Maßnahmen darzulegen, die die Regierung ergreifen wird, als auch die Strategie, mit der sie die Unterstützung anderer EU-Hauptstädte stärken will. Damit stellt die Seite der Nationalversammlung die Angelegenheit nicht nur als Haushaltsfrage, sondern auch als diplomatische Frage dar, wobei von Frankreich erwartet wird, vor der Festlegung der GAP nach 2027 eine Koalition um seinen bevorzugten Ansatz herum aufzubauen.

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Anfrage war auf der Seite der Nationalversammlung keine Antwort der Regierung eingestellt. Nach dem parlamentarischen Verfahren in Frankreich werden schriftliche Anfragen später vom zuständigen Ministerium beantwortet und offiziell veröffentlicht, sobald eine Antwort vorliegt. Bis dahin bietet das Dokument eines der deutlichsten öffentlichen Signale der Nationalversammlung dafür, dass die Sorge wächst, ob die derzeitigen Finanzinstrumente für den Weinsektor die nächste Runde der Reform der EU-Agrarpolitik überstehen werden.